



An den
Vorsitzenden des Rates

Herrn
Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 06.03.2012

AN/0356/2012

Antrag nach § 3 der GeschO des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	27.03.2012

Illegal im Stadtgebiet aufgestellte Altkleider-Container

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die CDU-Fraktion bittet darum, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 27.03.2012 zu setzen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Verfahrensvorschlags, wie die illegale Aufstellung von Altkleidercontainern auf städtischem Straßenland künftig wirksam – gfs. durch eine Straffung des Verwaltungsverfahrens - unterbunden werden kann. Hierbei ist im Rahmen eines Benchmarks die Problem-, insbesondere aber auch die Lösungslage in anderen vergleichbaren Großstädten zu eruieren und zu bewerten.
2. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bei festgestellten Altkleiderstandorten auf Privatgelände den jeweiligen Grundstückseigentümer zu ermitteln und zu informieren.

Begründung:

Die Aufstellung von Altkleidercontainern im Stadtgebiet wird von der Verwaltung, aber oftmals auch durch die Bürgerinnen und Bürger sehr kritisch gesehen. Denn regelmäßig wird an den Standorten selbst, aber auch in deren Umfeld Müll abgeladen, was oft zu einer massiven Störung der öffentlichen Ordnung sowie der Verkehrssicherheit, aber insbesondere auch zu einer Verschandelung des Stadtbildes führt.

Die Stadtverwaltung hat – wie in der Verwaltungsmitteilung 3437/2011 beschrieben – im Rahmen einer Schwerpunktaktion ab April 2011 nahezu 200 unerlaubt aufgestellte Aktklei-

dercontainer aus dem öffentlichen Straßenland entfernt. Zudem wird neben eigenen Kontrollen auch den Standorthinweisen aus der Bürgerschaft nachgegangen, um eine schnellstmögliche Entfernung der illegalen Container zu erreichen.

Ungeachtet der bereits erzielten Erfolge und der andauernden Bemühungen ist jedoch festzustellen, dass die Entfernung der Container sich – nicht zuletzt aufgrund des langwierigen formalen Verfahrens – oftmals sehr lange hinzieht oder die Betreiber einfach eine Versetzung zu nahegelegenen anderen Standorten vornehmen, denn an diesen beginnt das gesamte Verfahren von Neuem.

Aus Sicht der CDU-Fraktion soll daher geprüft werden, ob der Misstand durch eine Anpassung der Sondernutzungssatzung bzw. ein verändertes Verwaltungshandeln (z.B. durch umgehende Entfernung der Container) künftig schneller und nachhaltiger behoben werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Stefan Götz
Fraktionsgeschäftsführer